



Inhalt

1.	Das Zypernproblem	2
2.	Gasvorkommen.....	4
3.	Griechische Zyprioten	6
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	6
	Innenpolitische Entwicklungen	7
	Außenpolitik	8
	Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften	8
4.	Türkische Zyprioten	10
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	10
	Beziehungen zur Türkei	10
	Innenpolitische Entwicklungen	11
	Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften	11
	Außenpolitik	12
5.	FES Zypern Veranstaltungen.....	12

FES NEWS

– bitte folgen und besuchen Sie uns auf –

[@FESCyprus](#) - www.fescyprus.org - www.facebook.com/FESCyprus

Zum Abonnieren des kostenlosen Newsletters schicken Sie bitte eine Mail an

FESPaparoditi@gmail.com

1. Das Zypernproblem

Im März war der UN-Sonderbeauftragte für Zypern, Espen Barth Eide, damit beschäftigt, mittels einer Pendeldiplomatie den festgefahrenen Verhandlungsprozess wieder in Gang zu bringen. Die Gespräche waren im Februar aufgrund einer kontroversen Abstimmung im griechisch-zypriotischen Parlament unterbrochen worden. Das Parlament hatte die Einführung eines Gedenktags an öffentlichen Schulen beschlossen, der an eine 1950 durchgeführte Volksabstimmung über die Vereinigung der Insel mit Griechenland (Enosis), erinnern soll. Daraufhin zog sich der türkisch-zypriotische Volksgruppenvertreter Mustafa Akinci von den Gesprächen bis zu einer Änderung der Entscheidung zurück.

Am 3. März sagte Akinci, die griechischen Zyprioten müssten akzeptieren, dass es auf Zypern zwei Staaten geben werde, wenn das griechisch-zypriotische Parlament die Entscheidung, einen Gedenktag für die 1950 angestrebte Enosis einzuführen, nicht ändere. Auf die Feststellung, dass die türkischen Zyprioten eine Minderheit seien, antwortete Akinci, dass die griechischen Zyprioten behaupteten, dass sie den türkischen Zyprioten Minderheitenrechte einräumten. Er lehne dies jedoch ab, da die türkischen Zyprioten keine Minderheitenrechte fordern, sondern politische Gleichheit. Politische Gleichheit in einem föderalen Staat sei kein Privileg, sondern das bestimmende Prinzip. An anderer Stelle sagte Akinci, dass man nicht den Wunsch aufgegeben habe, eine Lösung zu finden, sondern den Auftrag der Bevölkerung befolge.

Am 15. März hielt der UN-Sonderbeauftragte Eide separate Treffen mit beiden zypriotischen Volksgruppenvertretern ab. Außerdem besprach Eide auf weiteren Treffen mit Vertretern zivilgesellschaftlicher Organisationen den Stand der Friedensgespräche. Des Weiteren fand am 14. März ein informelles Abendessen statt, an dem der Vorsitzende der DISY, Averof Neophytou, und Mustafa Akinci teilnahmen. Das Abendessen war von dem Vorsitzenden der Zypriotischen Industrie- und Handelskammer, Phidias Pilides, und seinem türkisch-zypriotischen Kollegen Fikris Toros organisiert worden. Ein wesentlicher Schritt auf dem Weg zur Wiederaufnahme der Gespräche konnte am 22. März erreicht werden, als die an der Regierung beteiligte DISY dem parlamentarischen Ausschuss für Erziehung einen Gesetzesänderungsantrag vorlegte, wonach die Entscheidung über die Einführung eines Gedenktages an öffentlichen Schulen dem Erziehungsministerium und nicht dem Parlament vorbehalten sein sollte. Dieser Antrag wurde mit Hilfe der DISY und der AKEL angenommen und wird dem Parlament zur Entscheidung vorgelegt werden. Der Gesetzesvorschlag wird als eine indirekte Maßnahme der Regierung gewertet, mit dem die Entscheidung des Parlaments zurückgenommen werden soll, um die Spannung zwischen beiden Seiten abzubauen. Der türkisch-zypriotische Regierungssprecher Baris Burcu begrüßte die Entscheidung des Erziehungsausschusses und betonte, dass dies ein wichtiger Schritt zur Wiederaufnahme der Gespräche sei.

Laut Burcu informierte Akinci den UN-Sonderbeauftragten Espen Barth Eide, dass er nach dieser Entscheidung zu einem informellen

Treffen mit Anastasiades Ende März bereit sei. Burcu stellte jedoch klar, dass die Gespräche erst dann wiederaufgenommen würden, wenn die Entscheidung des Parlaments gänzlich zurückgenommen worden sei.

Am 27. März gab Espen Barth Eide bekannt, dass er für den 2. April ein Abendessen für die beiden Volksgruppenvertreter Mustafa Akinci und Nicos Anastasiades plane. Laut einer kurzen Erklärung von Seiten der UN werde das Abendessen im Ledra Palace Hotel in der unter UN-Kontrolle stehenden Pufferzone in Nikosia stattfinden. Am 28. März jedoch machte Anastasiades unmissverständlich klar, dass er während des Abendessens keineswegs über vertrauensbildende Maßnahmen sprechen werde, wie das Akinci angeregt hatte. Das Abendessen sei eine Gelegenheit, um über das weitere Vorgehen zu entscheiden. Wenn es das Ziel sei, einen Rahmen schaffen, um vertrauensbildende Maßnahmen zu diskutieren, so sei dieser Versuch von Anfang zum Scheitern verurteilt, sagte Anastasiades.

Am 29. März stellte die Türkei 92.000 Euro zur Verfügung, um die Exhumierung, Identifizierung und Rückführung der Überreste vermisster Personen in Zypern zu unterstützen. Insgesamt hat die Türkei laut den Angaben des Komitees für vermisste Personen (Committee on Missing Persons – CMP) in den letzten zehn Jahren insgesamt 826.000 Euro zur Verfügung gestellt. Weitere 124.000 Euro wurden am 31. März von der britischen Regierung gestiftet. Des Weiteren erlaubt die britische Regierung den Zugang zu den Archiven, um Akten für den Zeitraum von 1963 bis 1974 einzusehen. Dies soll zur

Lokalisierung der Grabstätten beitragen. Insgesamt hat die britische Regierung dem CMP in den letzten zehn Jahren 297.000 Euro zur Verfügung gestellt. Bis dato konnten die Überreste von 750 Personen identifiziert und an ihre Familien für ein angemessenes Begräbnis übergeben werden.

In der Washington Post erschien am 19. März ein Artikel mit dem Titel „Eine türkische Vision für Zypern“ des türkischen Außenministers Mevlut Cavusoglu, in welchem er die Bedingungen für eine Lösung des Zypernproblems aus der Sicht der Türkei beschreibt. Cavusoglu legte dar, dass die für EU-Bürger geltenden vier Grundfreiheiten auch für in Zypern lebende türkische Staatsbürger gelten müssen. Zudem müsse der Garantievertrag von 1960 beibehalten werden. Zudem müsse die EU sicherstellen, dass die grundlegenden Konstanten einer Lösung innerhalb des EU-Primärrechts eingebettet sind. Man werde Griechenland und die Türkei gleich behandeln, was bedeute, dass türkische Staatsbürger gleichwertig mit den griechischen Staatsbürgern in Zypern behandelt werden müssten. Die griechisch-zypriotische Seite lehnte jedoch beide Forderungen ab, da griechische Staatsbürger aufgrund Griechenlands Mitgliedschaft in der EU im Genuss der Grundfreiheiten der EU seien. Dies könne nicht für türkische Staatsbürger in Zypern gelten.

Derweil betonte der Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, am 9. März, dass die vier Grundfreiheiten, welche Teil des Acquis Communautaire sind, nach einer Lösung unter keinen Umständen für türkische Staatsbürger gelten können. Laut Angaben der Cyprus

News Agency mit Bezug auf einen Vertreter der EU-Kommission, habe Juncker gegenüber Präsident Anastasiades bei einem Besuch in Brüssel klar zum Ausdruck gebracht, dass dies kein bilaterales Thema sei, sondern die gesamte EU betreffe und unter keinen Umständen akzeptiert werde.

Während der Feierlichkeiten für den Internationalen Tag der Frau, welche von dem Büro für religiöse Fragen im zypriotischen Friedensprozess (TRCYPP) unter der Ägide der schwedischen Botschaft in Nikosia veranstaltet wurden, wurde eine gemeinsame Erklärung der religiösen Führer Zyperns veröffentlicht, die alle Formen von Gewalt gegen Frauen und Mädchen verurteilt. Die Vertreterin der TRCYPP, Salpy Eskidjian, betonte ihre Freude darüber, dass zum ersten Mal in der Geschichte Zyperns Vertreter aller Religionsgemeinschaften in Zypern, d.h. die Griechisch-Orthodoxe Kirche, der Mufti, die Armenische, Maronitische und Katholische Kirchen, sich gemeinsam gegen Gewalt an Frauen ausgesprochen hätten. Man sei geehrt über die Zusammenarbeit und gleichzeitig ermutigt durch die andauernde Zusammenarbeit zur Förderung des Friedens. Die Erklärung ist auf dieser Webseite veröffentlicht:

<http://www.religioustrack.com/joint-statement-condemning-violence-against-women-and-girls.html>

Ein in der Republik Zypern verurteilter und entflohener Einbrecher konnte im Norden gefasst und an die UN aufgrund der Intervention des bi-kommunalen Ausschusses für Verbrechensbekämpfung übergeben werden. Die gegenseitige Auslieferung von Kriminellen ist auf Zypern nach wie vor alles andere als eine Selbstverständlichkeit.

Aktivisten von beiden Seiten veranstalteten am 4. März eine Demonstration und forderten ein „vereintes, demilitarisiertes Zypern“. Die Demonstranten marschierten in die von der UN kontrollierten Pufferzone, veranstalteten Spiele und sonnten sich.

2. Gasvorkommen

Am 7. März gab Energieminister Yiorgos Lakkotrypis bekannt, dass Zypern die Verhandlungen mit den ausgewählten Bietern über die Explorationslizenz für die vor der Küste liegenden Gasfelder erfolgreich abgeschlossen habe. Die Verhandlung hatten im Rahmen der dritten Lizenzvergaberunde, welche im Mai 2016 angekündigt worden war, stattgefunden. Die Bieter sind ein Konsortium bestehend aus dem italienischen Energieunternehmen ENI und dem französischen Unternehmen Total für Block 6, ENI für Block 8, und ein aus dem amerikanischen Unternehmen ExxonMobil und dem Unternehmen Qatar Petroleum bestehenden Konsortium für Block 10. Lakkotrypis beschrieb die Entwicklung als sehr wichtig für Zypern und das gesamte östliche Mittelmeer.

Am 17. März bestätigte das Kabinett die Verträge mit den Gewinnern der dritten Lizenzvergaberunde für die Blöcke 6, 8 und 10. Die Unterzeichnung der Verträge ist für den 5. oder 6. April geplant. Laut Lakkotrypis erhält die Regierung eine Unterschriftentantieme von insgesamt 103,5 Millionen Euro. Es wird erwartet, dass der erfolgreiche Abschluss mit ExxonMobil und Qatar Petroleum den Zugang der zypri-

tischen Regierung zu Donald Trump erleichtern wird, da US-Außenminister Rex Tillerson ein ehemaliger CEO des Energieunternehmens ist. Die griechisch-zypriotischen Seite erhofft sich Rückendeckung von Seiten der Länder aus denen die Unternehmen kommen, da die Türkei gegen die einseitige Ausbeutung der Gas- und Ölvorkommen vor Zyperns Küste durch die griechischen Zyprioten ist, solange das Zypernproblem nicht gelöst ist.

Hinsichtlich Block 11 bestätigte Lakkotrypis, dass das Kabinett am 7. März den Antrag des französischen Energieunternehmens Total genehmigt habe, 50% der Rechte an ENI abzutreten. Dies sei ein wichtiger Schritt, da dies das Joint Venture im Block 11 stärke.

Auf der vierten Eastern Mediterranean Gas Conference, welche am 14. März in Nikosia abgehalten wurde, erklärte der Explorationsleiter des Unternehmens ENI, Luca Bertelli, es sei durchaus möglich, dass es ein weiteres riesiges Gasfeld wie das ägyptische Zohr-Feld im östlichen Mittelmeer gebe, vielleicht gar vor der Küste Zyperns. 2015 hatte ENI das Zohr-Feld in der exklusiven Wirtschaftszone vor der Küste Ägyptens entdeckt. Mit geschätzten 30 Trillionen Kubikfuß Gas handelt es sich damit um das größte Gasfeld im östlichen Mittelmeer, größer als das israelische Gasfeld Leviathan. Geologische Karten des zypriotisch-ägyptischen maritimen Grenzverlaufs belegen eine große Karbonatplattform, die sich über den Bereich der zypriotischen Offshore-Blöcke 10, 11 und 12 sowie 7 und 8 erstreckt. Block 11, der seit Februar 2013 von dem Unternehmen Total betrieben wird, liegt ungefähr 6 km von dem

Zohr-Feld entfernt. Bertelli bestätigte, dass Total im Juni die ersten Bohrungen mit der Hoffnung auf ähnliche Vorkommen wie im Zohr-Feld vornehmen wolle. Derzeit hält ENI Bohrlizenzen für die Blöcke 2, 3 und 9.

Der türkisch-zypriotische Volksgruppenvertreter Mustafa Akinci sagte, dass die Gasreserven im Falle erfolgreicher Verhandlungen in der Zypernfrage zur Schaffung eines dauerhaften Friedens beitragen könnten. Gleichzeitig warnte Akinci in einem Interview mit der Nachrichtenagentur Anadolu davor, dass bei einem Scheitern der Gespräche, die Gasvorkommen auch zu Spannungen führen könnten. Er betonte, dass die Gasvorkommen auch den türkischen Zyprioten gehörten. Hinsichtlich der Pläne der Regierungen Israels, Zyperns und Griechenlands zum Bau eines Unterwasser-Elektrizitätsnetzwerkes, erklärte Akinci, dass eine Route, die von Israel und Zypern über die Türkei führe, kostengünstiger und einfacher wäre. Im Falle einer Lösung werde auch das aus der Türkei in den Norden gelieferte Wasser mit dem Süden geteilt.

Am 24. März veröffentlichte das türkische Außenministerium eine Erklärung, wonach alle nötigen Maßnahmen ergriffen würden, um türkische Interessen im östlichen Mittelmeer zu wahren. Die Erklärung folgte auf die Ankündigung einer dritten Lizenzvergaberunde durch die zypriotische Regierung, aber auch als eine Reaktion auf den Besuch von Präsident Anastasiades in New York und den Treffen mit Vertretern von ExxonMobil, einem der Bieter der internationalen Ausschreibung. In der Erklärung wird die griechisch-zypriotische Seite be-

schuldigt, die türkischen Zyprioten nicht als gleichwertige, politische Partner zu akzeptieren und deren „unveräußerliche Rechte als Mit-eigentümer der Insel“ nicht zu berücksichtigen. Die griechischen Zyprioten wurden aufgefordert, nicht so zu agieren, als seien sie die alleinigen Eigentümer der Gasvorkommen und die mit der Gasförderung verbundenen Aktivitäten zu beenden. Ankara werde alle notwendigen Schritte unternehmen, um die Interessen der Türkei und jene der „TRNZ“¹ im östlichen Mittelmeer zu verteidigen.

Nach Auskünften des türkischen Ministers für Energie und Ressourcen, Berat Albayrak, plant die Türkei in diesem Jahr den Beginn eigener Explorationsbohrungen, um nach Öl- und Gasvorkommen im Mittel- und Schwarzen Meer zu suchen. Laut der Nachrichtenagentur Anadolu erklärte der Minister auf der IHS CERA Week 2017 Energiekonferenz in Houston, dass die Türkei nach den ersten Untersuchungen mit Hilfe der Barabros Hayretting Pasa, mit einem weiteren Schiff zwei- und dreidimensionale

¹ Die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) wird nur von der Türkei anerkannt. Während für die Türkei und die türkischen Zyprioten Mustafa Akinci der rechtmäßige Präsident der TRNZ ist, betrachtet ihn die internationale Staatengemeinschaft als den Volksgruppenvertreter der türkischen Zyprioten. Da die Regierung der Republik Zypern als die Regierung für die gesamte Insel betrachtet wird, ist die gesamte Insel Teil der Europäischen Union. Der Acquis Communautaire ist im Norden jedoch so lange ausgesetzt, bis eine Lösung der Zypernfrage zustande kommt (siehe Protokoll Nr. 10 des Beitrittsvertrages.).

seismologische Untersuchungen durchführen werde. Die Barbaros erforschte vor zwei Jahren vor der Küste Zyperns die Öl- und Gasvorkommen, was damals zu einem Abbruch der Gespräche zwischen den türkischen und griechischen Zyprioten geführt hatte.

3. Griechische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Das Finanzministerium veröffentlichte am 31. März Zahlen, wonach der Staat in ersten beiden Monaten dieses Jahres einen Haushaltsüberschuss von 133 Millionen Euro erwirtschaftete. Im Vorjahr lag dieser Überschuss bei 38,6 Millionen Euro. Die verbesserten Steuereinnahmen ließen sich vor allem auf erhöhte Einnahmen um 84 Millionen Euro auf 1,1 Milliarden Euro in dem entsprechenden Zeitraum zurückführen. Die Einnahme indirekter Steuern nahm um 62 Millionen Euro zu und lag bei 439,5 Millionen Euro. Dies beinhaltet 31 Millionen Euro zusätzliche Einnahmen aus der Umsatzsteuer, die insgesamt bei 248,7 Millionen Euro lagen. Die Gesamtausgaben fielen in der ersten zwei Monaten dieses Jahres um 36 Millionen Euro auf 935,6 Millionen Euro verglichen mit dem Vorjahreszeitraum. Dies liegt vor allem an den gekürzten Subventionen und Transferzahlungen.

Am 17. März kündigte die Ratingagentur Standard & Poor an, dass sie die Bewertung Zyperns von BB auf BB+ verbessern werde. Dies sei jedoch immer noch eine Stufe unter dem Investment-Grade. Der Ausblick wird jedoch

aufgrund verbesserter wirtschaftlicher und steuerlicher Daten mit stabil bewertet.

Am 31. März beendete die Troika² ihre zweite Überprüfung nach Ablauf des Stabilitätsprogramms. Laut der auf ihrer Internetseite veröffentlichten Erklärung hätten die in den vergangenen Jahren durchgeführten strukturellen Änderungen Zypern geholfen, die Rezession zu beenden. Dennoch bremse das geschwächte Reformtempo das künftige Wachstum der zypriotischen Wirtschaft. Zudem verlaufe der Abbau der faulen Kredite zu langsam. Die Vertreter der Troika forderten die Behörden und andere wichtige Interessenvertreter auf, ihre Bemühungen zu verstärken, um Zyperns Wachstumspotential zu verbessern und produktivitätssteigernde Investitionen anzulocken. Die Erklärung bezog sich auch auf bestimmte Gruppierungen im Parlament, welche die Privatisierung staatlicher Unternehmen wie z.B. das zypriotische Telekommunikationsunternehmen CyTA ablehnen. Um das Unternehmensumfeld zu verbessern und Investitionen anzuziehen, müssten einige wichtige Bereiche verbessert werden. Vor allem das Justizwesen müsse modernisiert werden und vor allem ein Handelsgericht eingeführt werden. Des Weiteren müsse der Fokus auf einer stringenteren Umsetzung des Aktionsplans für Wachstum der Regierung liegen und ein liberalisierter Strommarkt eingeführt werden. Außerdem müsse ein effizientes System zur Ausstellung von Eigentumsurkunden und dem Transfer von

Eigentum geschaffen werden. Obwohl die Abnahme der notleidenden Kredite wichtig sei, so sei die Entwicklung dennoch uneinheitlich und es müssten Anstrengungen unternommen werden, um den Umfang notleidender Kredite weiter zu reduzieren, was wiederum eine Modernisierung der rechtlichen Rahmenbedingungen für Zwangsvollstreckungen und Umstrukturierungen voraussetze.

Innenpolitische Entwicklungen

Am 12. März forderte der Vorsitzende der EDEK, Marios Sizopoulos, ein Referendum vor der Wiederaufnahme der Verhandlungen zur Lösung des Zypernproblems. Darin müssten die Bürger gefragt werden, ob sie einer rotierenden Präsidentschaft, der zeitlich begrenzten Stationierung türkischer Truppen auf der Insel und dem Verbleib türkischer Siedler zustimmten. Dies seien wichtige Punkte, die letztendlich bestimmten, wie eine Lösung ausfalle. Die Bevölkerung könne nicht außen vor gehalten werden und dann unter erpresserischen Konditionen und Fristen aufgefordert werden, einer einseitigen Lösung zuzustimmen oder sie abzulehnen. Die EDEK lehnt eine bi-kommunale und bizonale Föderation, die von beiden Seiten als Lösungsgrundlage akzeptiert ist, ab.

Am 10. März kündigte der Vorsitzende der DIKO, Nicolas Papadopoulos, eine neue Strategie für das Zypernproblem an, wobei die Partei die Zusammenarbeit mit anderen gleichgesinnten Parteien suche, um das Land von der derzeitigen Regierung zu befreien. Papadopoulos erklärte die neue Strategie auf einem Workshop für Parteimitglieder in Paphos, der zu-

² Die Troika besteht aus der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank (EZB) sowie dem Internationalen Währungsfond (IWF).

sammen mit anderen Parteien, die in der Zypernfrage eine harte Linie vertreten, der sogenannten Mitte – EDEK, die Grünen und die Solidaritätsbewegung – organisiert worden war. In ähnlicher Manier versuchte der Vorsitzende der Bürgerallianz, Giorgos Lillikas, gemeinsam mit der DIKO, EDEK, den Grünen sowie der Solidaritätsbewegung einen Kandidaten zu finden, indem er sich selbst ins Spiel brachte. In einem vom 28. März datierten Brief an die anderen Parteien legte Lillikas die Bedingungen für eine mögliche Zusammenarbeit dar. Demnach sei es das Ziel, Anastasiades und dessen Politik abzuwählen. Dieses Ziel könne nur mit einem Präsidenten erreicht werden, der eine neue, durchsetzungsfähige Strategie verfolge, um die türkischen Unnachgiebigkeit zu überwinden.

Am 31. März waren sich der Vorsitzende der DIKO, Nicolas Papadopoulos, und der Grünen-Vorsitzende Giorgos Perdikis einig, dass beide Parteien die gleichen Einschätzungen bei den wichtigsten Themen hätten und für die anstehenden Wahlen im Jahr 2018 zusammenarbeiten würden. Man wolle mit Hilfe der Wahlen Zyperns Situation verbessern, die Gesellschaft stärken, die Wirtschaft verbessern und eine durchsetzungsfähigere Politik in der Zypernfrage verfolgen, sagte Papadopoulos. Perdikis betonte, der Vorschlag seiner Partei, dass die fünf Mitte-Parteien einen gemeinsamen Kandidaten aufstellen sollten, sei der einzig vernünftige Weg und gebe den Wählern Hoffnung.

Außenpolitik

Am 19. März reiste Präsident Anastasiades für einen viertägigen Besuch in die USA, auf dem

drei Themen abgedeckt werden sollten: das Zypernproblem, Energie und ausländische Investitionen. Während der Treffen mit UN-Generalsekretär Antonio Guterres und dem britischen Außenminister Boris Johnson erklärte Anastasiades die derzeitige Situation hinsichtlich der festgefahrenen Verhandlungen in der Zypernfrage. Anastasiades beschrieb das Treffen als sehr konstruktiv. Am 21. März beendete Anastasiades den Börsenhandelstag an der New Yorker Börse. Er sprach am 22. März auch vor einem Investmentforum für Zypern, an dem wichtige Unternehmen und Energieriesen wie ExxonMobil teilnahmen.

Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften

Laut einer europaweiten Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaft in Köln sei die Armutsquote in Zypern zwischen 2008 und 2015 um 28,2% gestiegen. Der Untersuchung lag ein multidimensionaler Armutsindikator zugrunde, der nicht nur Einkommen, sondern auch der Mangel an materiellen Gütern, Bildungsniveau, Unterbeschäftigung und Einschränkungen in der Gesundheitsvorsorge berücksichtigte. Die größte Zunahme in der Armutsquote in Europa verzeichnete Griechenland mit 40%.

Ein mäßiger Rückgang bei der offiziellen Arbeitslosenzahl konnte im Februar verzeichnet werden. Demnach waren im Vergleich zum Vorjahresmonat 3.635 weniger Menschen ohne Arbeit. Die Arbeitslosenrate ist mit 14,1% oder 61.000 Menschen ohne Arbeit immer noch hoch. In dem Zeitraum zwischen 2013 und 2016 bot die Regierung 12 Programme an, mit dem

Ziel, die Beschäftigung förderten und/oder Weiterbildungen zu organisieren. Insgesamt nahmen 19.839 Teilnehmer dieses Angebot an.

Das Ministerium für Arbeit initiierte sechs Beschäftigungsprogramme für Empfänger des garantierten Mindestlohnes. Laut gesetzlichen Regelungen verlieren jene Empfänger ihre finanzielle Unterstützung, die, obwohl sie körperlich in der Lage sind, keines der Angebote wahrnehmen. Eines der Programme hat zum Ziel, 2.000 Empfänger des gesetzlichen Mindestlohnes im weiteren öffentlichen Bereich oder bei Nichtregierungsorganisationen auf Teilzeitbasis mit 25 Wochenstunden einzustellen, wobei der gesetzliche Mindestlohn weiter ausbezahlt wird und weitere 90 Euro dazukommen. In einem weiteren Programm sollen gezielt 800 arbeitslose junge Menschen zwischen 25 und 30 Jahren angesprochen werden.

Gemeinsam mit Deutschland und Italien liegt Zypern bei der Zahl von Frauen in gehobenen Positionen mit 22% an letzter Stelle im europäischen Vergleich. Der europäische Durchschnitt liegt Eurostat zufolge bei 35% und bezieht sich auf Firmen mit mehr als zehn Angestellten. Auch bei der Bezahlung liegen die Frauen hinter ihren männlichen Kollegen zurück und verdienen durchschnittlich 23,4% weniger.

Der 2012 eingeführte Stopp bei den Beförderungen im öffentlichen Bereich wurde aufgehoben und 1.575 Beamte warten auf eine graduelle Beförderung. Es wird erwartet, dass einige Beamte danach in den Frühruhestand gehen. Aufgrund der großen Anzahl jener, die

ihre Pension antreten oder in Frührente gehen, sollten sich die Kosten im Rahmen halten.

Im Rahmen der Förderung der Mobilität von Arbeitnehmern initiierte die Europäische Kommission das Programm „ReActivate 35+“, mit dem zwei Gruppen angesprochen werden sollen: arbeitslose Menschen über 35 Jahre, die entweder eine Anstellung oder eine Weiterbildung in einem anderen EU-Land antreten sollen sowie Firmen mit weniger als 250 Angestellten, die finanziell gefördert werden sollen, wenn sie sechsmonatige Arbeitsverträge anbieten, in deren Rahmen drei Monate zur Weiterbildung verwendet werden sollen.

Die mit der Gewerkschaft PEO assoziierte Gewerkschaft der Rentner EKYSY protestierte vor dem Parlament und forderte die Wiedereinführung aller, während der Krise ausgesetzten Rechte und Leistungen. Das garantierte Mindesteinkommen habe ihre Situation nicht verbessert und der Lebensstandard der Rentner sei um 30% gesunken, während in den letzten vier Jahren Kürzungen im Umfang von 40 Millionen Euro vorgenommen worden seien. Die Demonstranten forderten die Wiedereinführung des Osterbonus und eine Änderung der Gesetze hinsichtlich des Mindesteinkommens, eine kostenfreie Gesundheitsvorsorge und kostenlosen öffentlichen Transport.

Laut einer Studie des Instituts für Wirtschaftsforschung der Universität Zypern nahm in Folge der Krise der Umfang informeller und flexibler Arbeitsverhältnisse enorm zu. Zeitlich begrenzte und Teilzeitarbeit nahmen zu und betrafen vor allem Frauen. 90% der zeitlich begrenzten und

60% der Teilzeitarbeitsverhältnisse sind nicht gewollt und sind somit ein Resultat eines „schlecht funktionierenden Arbeitsmarktes“.

4. Türkische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Basierend auf Angaben der für Risikoeinschätzung zuständigen Abteilung der türkisch-zypriotischen Zentralbank berichtete die Tageszeitung Kibris, dass der Umfang der Kleinkredite seit 2010 stetig zugenommen habe und im ersten Halbjahr 2016 bei 3.835 Milliarden Türkische Lira (TL) lag. D.h. pro Kopf nahm die Verschuldung von 6.749 TL im Jahr 2010 auf 18.831 im Jahr 2016 zu.

Die türkisch-zypriotische Tageszeitung Havadis berichtete, dass 2016 nach Angaben der türkisch-zypriotischen Kammer der Ladenbesitzer und Handwerker 1.500 kleinere Betriebe aufgrund wirtschaftlicher Probleme aufgeben mussten. Weitere 145 Betriebe mussten in den ersten zweieinhalb Monaten dieses Jahres schließen. 70% dieser Betriebe bestand seit mehr als fünf Jahren. Der Vorsitzende der Kammer, Mahmut Kanber, sah den Grund für die Geschäftsaufgaben in der Abwertung der Türkischen Lira. Die Verkaufszahlen seien aufgrund mangelnder Kaufkraft auf Seiten der Konsumenten um 30% zurückgegangen.

Die türkisch-zypriotische Handelskammer verfasste einen Brief an die Regierung, in dem sie dringend Maßnahmen zur Stimulierung der

Wirtschaft, welche durch eine 17%ige Erhöhung der Lebenshaltungskosten im Norden aufgrund der fallenden Lira verursacht werde, forderte.

Die türkisch-zypriotische Handelskammer (TCCC) veröffentlichte ihren neunten Wettbewerbsbericht. Laut des Berichts leide die Wirtschaft im Norden Zyperns trotz wechselnder Regierungen unter strukturellen Problemen, schrieb der Präsident der TCCC, Fikri Toros, in dem Vorwort des Berichts. Trotz des Wohlstands und des hohen Bildungsniveaus sei die Tatsache, dass die „TRNZ“ auf Platz 114 von 138 untersuchten Volkswirtschaften liege, ein Paradox. Dies zeige, dass der Reichtum nicht zur Förderung des Wirtschaftswachstums genutzt werde. Reichtum sei nicht nachhaltig, wenn er nicht mit Hilfe der Wirtschaft geschaffen werde.

Beziehungen zur Türkei

Der türkische Premierminister Binali Yildirim trat in einer Wahlveranstaltung in Nikosia als Teil der Kampagne für das Referendum in der Türkei auf. Er traf sich auch mit Vertretern der türkisch-zypriotischen Regierung, u.a. mit dem Präsidenten, dem Parlamentssprecher und dem Premierminister. Yildirim sagte auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Präsident Mustafa Akinci, dass die Bemühungen für eine faire, anhaltende und umfassende Lösung der Zypernfrage fortgeführt würden. Yildirim beschrieb die Enosis-Abstimmung als „unglücklich“ und sagte, dass dies zu einem heiklen Zeitpunkt geschehen sei, an dem die griechisch-zypriotische Seite einen starken Willen zu einer umfassenden Lösung hätte zeigen müssen. Eine umfassende Lösung sei nur dann möglich, wenn

die Vorstellung einer gleichwertigen Partnerschaft und der Glaube an eine gemeinsame Zukunft angenommen würden. Es sei wichtig, dass dieses Verständnis in den Köpfen der jungen Generation verankert werde. Des Weiteren sagte Yildirim, dass die Gespräche nicht mit einem offenen Ende geführt werden könnten und dass die Zeit für eine klare Haltung in dieser Frage gekommen sei.

Innenpolitische Entwicklungen

Am 2. März stellte die stärkste Oppositionspartei Republican Turkish Party (CTP) die Vertrauensfrage, während die Sozialdemokratische Partei (TDP), die durch zwei Abgeordnete im Parlament vertreten ist, vorgezogene Wahlen beantragte. Am 3. März legte die CTP einen eigenen Antrag vor, der vorgezogene Wahlen für den 2. Juli vorschlug. Die Anträge wurden deshalb eingebracht, weil das Parlament in einer Woche bei drei Abstimmungen keine Beschlussfähigkeit zustande brachte, da die Abgeordneten der regierenden National Unity Party (UBP) und der Democratic Party (DP) nicht erschienen waren. Das Misstrauensvotum scheiterte, da drei unabhängige Abgeordnete zusammen mit der UBP und der DP dagegen stimmten. In der Zwischenzeit schlug die DP einen anderen Termin im April 2018 für die vorgezogenen Wahlen vor. Die verschiedenen Vorschläge der TDP, CTP und DP sollen in dem Ausschuss für rechtliche und politische Fragen diskutiert werden. Premierminister Huseyin Ozgurgun gab bekannt, dass seine Partei für alle drei Varianten stimmen

werde. Man werde an allen von dem Ausschuss festgelegten Terminen teilnehmen.

Hard-line Außenminister Tahsin Ertugruloglu verstärkte seine Kritik am Verhandlungsprozess in der Zypernfrage und Akinci, und erklärte, dass der griechisch-zypriotische Volksgruppenvertreter den Verhandlungstisch verlassen habe, als er die Tür hinter sich zuschlug und Akinci damit beleidigte. Er erinnerte auch daran, dass die Erklärung des UN-Sondergesandten Espen Barth Eide, wer den Verhandlungstisch verlassen habe, der Schilderung Akincis widerspreche. Falls Akinci all diese Beleidigungen verdauen könne und die sogenannte Berichtigung der Enosis-Entscheidung akzeptiere, dann solle er wissen, dass er nicht das Recht habe, die türkisch-zypriotische Bevölkerung solch einem Unsinn auszusetzen.

Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften

Premierminister Huseyin Ozgurgun kündigte eine Gehaltserhöhung für Ärzte an, nachdem die Ärzte, die schon seit längerem Gehaltserhöhungen und verbesserte Arbeitsbedingungen sowie Neueinstellungen zur Linderung des Personalmangels forderten, mit Streikaktionen gedroht hatten. Nach einem Urteil des Verfassungsgerichts im Februar muss die Regierung eine Regelung durchsetzen, die es den Ärzten im öffentlichen Dienst verbietet, einer zweiten Anstellung im privaten Sektor nachzugehen. Daraufhin eskalierte die Krise an öffentlichen Krankenhäusern und es wurden Massenkündigungen befürchtet. Das Urteil muss innerhalb von sechs Monaten umgesetzt werden. Nach Angaben der türkisch-zypriotischen Tageszei-

tung Cyprus Today wurde die Gehaltserhöhung von den Vertretern der Ärzteschaft nur mit geringer Begeisterung aufgenommen, da die Gehälter nicht das einzige Problem seien, mit dem das Gesundheitswesen zu kämpfen habe. Sie warnten vor einer weiteren Welle von Kündigungen, falls die Regierung es nicht schaffe, die „strukturellen Probleme wie „unzulängliche Arbeitnehmerrechte, schlechte Arbeitsbedingungen, Personalmangel und Unzulänglichkeiten der Infrastruktur“ anzupacken. Sila Usar Incirli, der Vorsitzende des türkisch-zypriotischen Ärzteverbandes, sagte, dass das türkisch-zypriotische Gesundheitswesen zusammengebrochen sei. Es gebe keine fiebersenkenden Medikamente, wenn Kinder mit hohem Fieber ins Krankenhaus eingeliefert würden. Incirli kritisierte sämtliche Regierungen, die dieses öffentliche Gesundheitswesen geschaffen hätten, welches an Personalmangel, niedrigen Gehältern und zu hoher Arbeitsbelastung leide. Fünf Ärzte hätten an den staatlichen Krankenhäusern gekündigt und die Stellen seien aufgrund der fehlenden Neueinstellungen unbesetzt.

Außenpolitik

Der türkisch-zypriotische Volksgruppenvertreter Akinci nahm an dem 13. Gipfel der Organisation für wirtschaftliche Kooperation (ECO) in Islamabad teil. Auf seinem Rückflug von Pakistan sagte Akinci der Nachrichtenagentur Anadolu, dass sich sein Land um eine Vollmitgliedschaft beworben habe. Die ECO ist eine aus zehn Ländern bestehende internationale Organisation, unter deren Mitgliedern sich

unter anderem die Türkei, Pakistan und der Iran befänden. Derzeit habe die „TRNZ“ einen Beobachterstatus innerhalb der Organisation. Er fügte hinzu, dass man für eine Zusammenarbeit mit den Ländern in dieser Region nicht auf eine Lösung warten müsse.

5. FES Zypern Veranstaltungen

April

Samstag 22.04.2017

Centre for Dialogue/CAD/FES
Workshop

‘Media in Cyprus: Role and Responsibility,’ 3rd Cyprus Dialogue

Nikosia, Zypern

Keine öffentliche Veranstaltung



Montag 24.04.2017 18:00-20:00

FES
Workshop

**Good Governance and the Impact of the
Economic and Financial Crises in Cyprus**

FES Office,
Nikosia, Zypern

Keine öffentliche Veranstaltung



Freitag 28.04.2017 19:00

World Vision MEERO/FES
Launch

White Book of Best Practices Launch

IsnotGallery, Odysseos Str.11,
1017 Nikosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung



Freitag 29.04.2017

Cyprus Academic Dialogue/FES
Workshop

CAD workshop on PEACE PROCESS in Cyprus

Nikosia, Zypern

Keine öffentliche Veranstaltung

Mai

Freitag 05.05.2017 17:00 – 21:00

East West Bridge/FES
Konferenz

**Federal Yugoslavia and its Successor States:
Lessons for Cyprus on Federalism and Power
Sharing**

Home for Cooperation, Pufferzone
Nikosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung



Impressum:

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Büro Zypern
Stasandrou Str. 20, Apt. 401
CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336
Email: office@fescyprus.org
Web-Seite: www.fescyprus.org
Facebook: www.facebook.com/FEScyprus

Text:

Hubert Faustmann, Yiannis Charalambous,
Sertac Sonan, Grigoris Ioannou, Ute Ackermann-
Boeros und Sophia Papastavrou

Übersetzung:

Ute Ackermann-Boeros und Hubert Faustmann

Layout:

Christiane Paparoditi

Wenn Sie diesen (kostenlosen) monatlichen News-
letter abonnieren oder abbestellen möchten, sen-
den Sie bitte eine E-mail an:
Christiane Paparoditi fespaparoditi@gmail.com